



POLICY PAPER

der Jugend-Enquete-Kommission 2024
zum Thema **Demokratieförderung** -
Wie bleibt unsere Demokratie wehrhaft?



JUGEND
ENQUETE
KOMMISSION

AUTOR:INNEN DES POLICY PAPER

Das vorliegende Policy Paper wurde von einer Gruppe engagierter Mitglieder der Jugend-Enquete-Kommission 2024 verfasst. Sie haben die Ergebnisse aus zahlreichen Diskussionen, Workshops und fachlichen Inputs zusammengetragen und in konkrete Handlungsempfehlungen übersetzt.

Jonathan Bannert, Trung Hieu Cao, Tyrone Grund, Ace Högl, Carla Janca, Hannah Kleiner, Hannah Koch, Anna Krächter, Marius Martin, Carolin Müller, Cornelia Ott, Emma Paatzsch, Hendrik Pröhl, Hadji Rashid, Maja Reeg, David Rossmanith, Stefan Friso Smid, Simon Zwintzsch.

Weitere Kommissionsmitglieder: Huger Rashid und Antonius Gerdes.

VORWORT DES VEREINS



Jugendliche engagieren sich auf vielfältige Art und Weise für unsere Demokratie. Vermeintlich gegenläufig ist die abnehmende Zahl der Parteimitgliedschaften, die zunehmende Politikverdrossenheit und die Wählerwanderung zu zum Teil antidemokratischen Kräften. Die klassischen politischen Wege werden weniger wahrgenommen, denn junge Menschen suchen häufig unbürokratische, außerparlamentarische und unmittelbare Beteiligungsformen. Der Jugend-Enquete-Kommission e.V. will hier eine Brücke bauen.

Als Vorreiter arbeiten wir für eine inklusive und engagierte politische Teilhabe junger Menschen. Unser Fokus liegt darauf, ihre frischen Perspektiven in den politischen Diskurs einzubringen und innovative Ideen zu fördern.

Dafür richtet der Verein jedes Jahr eine Jugend-Enquete-Kommission (JEK) aus, bei der wir 20 junge Menschen zwischen 14 und 27 Jahren zu verschiedenen Themen mit Expert:innen zusammenbringen. Diese haben dann die Möglichkeit, über einen mehrmonatigen Diskussions- und Analyseprozess ein Policy Paper mit Handlungsempfehlungen für die Politik zu verfassen. Das Thema wechselt hierbei jährlich und wird demokratisch gewählt.

Die Jugend-Enquete-Kommission 2024 hat sich mit dem Thema „Demokratieförderung - Wie bleibt unsere Demokratie wehrhaft?“ beschäftigt.

Unser Ziel ist es, jungen Menschen aus allen sozioökonomischen Teilen der Gesellschaft eine Teilhabe am politischen Diskurs zu ermöglichen. Besonders versuchen wir auch Personen mit erschwertem politischen Zugang durch ein möglichst inklusives und niedrigschwelliges Angebot anzusprechen. Wir verstehen die Unterstützung Jugendlicher als Beitrag zur demokratischen Kultur und als essentiell für ein gesundes Zusammenleben in unserer Gesellschaft.

EINLEITUNG

Die liberale Demokratie in Deutschland ist bedroht: Extremistische Gruppierungen und menschenfeindliche Positionen finden wieder zunehmend Zuspruch. [1, 2] Zeitgleich sinkt angesichts von Frustration, Zukunfts- und Existenzängsten das Vertrauen, dass demokratische Prozesse und Institutionen den komplexen Herausforderungen unserer Zeit gewachsen sind. In einer Studie von 2023 gaben 78,9 % der Befragten an, die Demokratie sei heute gefährdeter als noch vor fünf Jahren. [3] Dass laut einer anderen Umfrage 2024 nur noch 59% aller Befragten zwischen 18 und 30 Jahren Vertrauen in die Demokratie hatten, [4] ist besonders besorgniserregend für ihre Zukunft. Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken und Freiheit, Gleichheit und Teilhabe zu verwirklichen, muss die Demokratie weiterentwickelt werden. Denn Demokratie ermöglicht nicht nur, sie verpflichtet auch: sie muss aktiv gelebt und stetig verteidigt werden, um bestehen zu können.

Als junge Menschen blicken wir besorgt in unsere Zukunft und die Gesellschaft, in die wir hineinwachsen. Wir als Jugend-Enquete-Kommission 2024 wollen keineswegs behaupten, die Stimme der Jugend vertreten zu können, auch wenn unsere Mitglieder ein breites politisches Spektrum abbilden. Dieses Policy Paper stellt stattdessen den Versuch dar, unsere Sichtweisen in eine gemeinsame Perspektive auf das hochaktuelle Thema der Wahrung unserer Demokratie zu vereinen.

In den hier ausgearbeiteten Empfehlungen fokussieren wir uns eingangs auf die Unterstützung und Absicherung der pluralen Zivilgesellschaft als essenzielle Säule für den Erhalt unserer Demokratie. Weitergehend behandeln wir den Zugang zu unabhängigen, faktisch fundierten Informationen als Voraussetzung der freien Meinungsbildung. Abschließend erörtern wir Maßnahmen, die politische Entscheidungsprozesse durch weitergehende Partizipationsmöglichkeiten stärker in der Gesellschaft verankern. Die Ergebnisse des intensiven Austauschprozesses innerhalb der Jugend-Enquete-Kommission 2024 tragen wir nun weiter, um unseren Teil zur Stärkung einer demokratischen und liberalen Gesellschaft zu leisten.

HAUPTTEIL

1. Demokratie leben – Zivilgesellschaft absichern

Die gelebte Demokratie findet nicht nur an der Wahlurne statt, sie wird zu großen Teilen durch zivilgesellschaftliches Engagement von Freiwilligen getragen. Ein ausgeprägtes Vereinsleben ist sowohl Ausdruck von, als auch Grundlage für ein demokratisches Miteinander. [5] Doch zivilgesellschaftliches Engagement sieht sich zunehmender Gefahren ausgesetzt: Fehlende finanzielle Mittel, rechtliche Hürden und teils gewaltsame Anfeindungen drängen immer mehr Menschen aus ihrem Engagement. Folgende Maßnahmen erachten wir als notwendige Voraussetzungen zur Stärkung der Zivilgesellschaft.

1.1. Finanzielle Sicherheit – Demokratiefördergesetz einführen

Die finanzielle Förderung von Projekten, die das Verständnis für demokratische Prozesse und gegenseitige Akzeptanz und Toleranz stärken, muss langfristig gesichert werden, weshalb wir auf die Einführung des Demokratiefördergesetzes drängen. Dennoch erachten wir den Entwurf der Ampelkoalition [7] für unzureichend.

Es dürfen nicht nur Projekte von erheblichem Bundesinteresse gefördert werden. Durch die Bereitstellung finanzieller Mittel sollte stattdessen auch den Ländern ermöglicht werden, ein breites Spektrum regionaler angesiedelter Projekte zu unterstützen, um der lokalen Verwurzelung gesellschaftlichen Engagements gerecht zu werden. Zudem sollten die Kriterien, die für eine Förderung erfüllt sein müssen, vom Bundesgesetzgeber transparent festgelegt werden. Dadurch wird die politische Neutralität im Vergabeverfahren gesichert und die Entscheidung über Förderung nicht dem Ermessensspielraum der zuständigen Behörden zu überlassen. Außerdem bedarf es einer Extremismusklausel, die das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung als Voraussetzung für eine Forderung vorsieht.

Durch eine solche Reform erhoffen wir uns langfristige, finanzielle Sicherheit für ein plurales Spektrum von Initiativen im gesamten Bundesgebiet, die vor Ort und regional übergreifend eine große Masse erreichen und ihren zentralen Beitrag noch besser leisten können.

1.2. Das Herzstück der Zivilgesellschaft stärken – Aktualisierung des Gemeinnützigkeitsrechts

Das Gemeinnützigkeitsrecht erlegt Vereinen klare Regularien auf, die den Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft in einer Weise einschränken, die wir für reformbedürftig halten.

Daher fordern wir, die gemeinnützigen Zwecke nach § 52 AO ausdrücklich um die Zwecke der demokratischen Teilhabe und der politischen Bildung zu ergänzen. Der Ausschluss kommunalpolitischer Bestrebungen gemäß § 52 Abs. 2 Nr. 24 AO soll gestrichen werden. [8] Auch die Förderung des gewinnzweckfreien Journalismus sollte, wie unten ausgeführt, als gemeinnütziger Zweck aufgenommen werden.

Des Weiteren sollten sich gemeinnützige Vereine zukünftig gelegentlich zu satzungsfremden Zwecken engagieren und politisch äußern dürfen, um sich klar gegen antidemokratische Bestrebungen äußern zu können, beispielsweise durch gemeinschaftlich veranstaltete Aktionen als Reaktion auf aktuelle Katastrophen und tagespolitische Diskussionen. [9]

1.3. Demokratie durch Engagement und Begegnung – Modernisierung der Freiwilligendienste

Durch mehr besetzte Freiwilligendienststellen werden Projekte zum Erhalt unserer Demokratie und der Verbesserung des gesellschaftlichen Miteinanders stärker unterstützt. Deshalb befürworten wir die Förderung aller Freiwilligendienste, die im BMFSFJ angesiedelt sind, auf welche wir uns im folgenden Abschnitt beziehen. Dennoch wollen wir unseren ausdrücklichen Respekt an junge Menschen aussprechen, die sich bei der Bundeswehr engagieren.

Es muss konsequent gewährleistet werden, dass Freiwilligendienstleistende nicht als Ersatz für Arbeitskräfte gesehen und als solche behandelt werden, sondern als zusätzliche Unterstützung. Um die Attraktivität der Freiwilligendienste zu steigern, schlagen wir deshalb eine 4-Tage-Woche bei maximal acht Stunden Arbeit pro Tag vor. Außerdem muss das begleitende Seminarprogramm für alle Freiwilligendienstleistenden ein verpflichtendes Seminar zur politischen Bildung enthalten. Dadurch soll das Verständnis für Politik, Gesellschaft und Demokratie gestärkt und damit auch eine Grundlage für weiteres gesellschaftliches Engagement geschaffen werden.

Ferner fordern wir eine existenzsichernde Vergütung sowie die Gewährleistung von Privilegien (bspw. freier Eintritt in Museen und ein kostenloses Nahverkehrsticket). Um eine bessere Bekanntheit und Zugänglichkeit der Freiwilligenprogramme zu erreichen, sollten in Schulen explizit Veranstaltungen stattfinden, bei denen beispielsweise Alumni:ae und Schüler:innen aufeinandertreffen. Im Sinne einer verbesserten Übersichtlichkeit setzen wir uns zudem für eine umfassende Internetplattform ein, auf welcher alle anerkannten Stellen für Freiwilligendienste einsehbar sind, beispielsweise im Zuge einer Erweiterung der Seite des BAFzA. [10] Diese soll sowohl Dienste aus den Bundesländern als auch solche, die im europäischen Ausland stattfinden, umfassen.

1.4. Sicherheit für Ehrenamtliche – Reform des Bundesmeldegesetzes

Ehrenamtliche und politisch Engagierte werden in ihrem Einsatz sowie ihrem Privatleben zunehmend bedroht, sodass gerade ihre persönlichen Daten besonderen Schutz benötigen. [11] Darum befürworten wir die Reformierung des Bundesmeldegesetzes (BMG) nach der im Referentenentwurf des BMI vorgesehenen Weise. [12]

Momentan ist es möglich, personenbezogene Daten anzufordern, solange die gesuchte Person eindeutig identifiziert werden kann und die Anfrage nicht dem Zweck der Werbung oder des Adresshandels dient. Für einen besseren Schutz der Daten von Ehrenamtlichen ist der § 44 Abs. 1 BMG von zentraler Bedeutung, welcher durch ein **Widerspruchsrecht** für die Auskunft personenbezogener Daten bei der einfachen Melderegisterauskunft ergänzt werden soll. Allerdings sollte auch bei einer Sperrung eine einfache Melderegisterauskunft bei berechtigtem Interesse möglich bleiben.

Zudem erachten wir einen **vorläufigen Schutz** bis zur Beantwortung der Anfrage und die **Verlängerung** der gesetzlichen Dauer der Auskunftssperre von zwei auf vier Jahre als nötig. Die gesperrte Person sollte auch bei der Auskunft über personenbezogene Daten von Familienangehörigen geschützt werden. Im § 51 BMG soll eine ausdrückliche Regelung zur **automatischen Auskunftssperre für Mandatsträger:innen** auf allen Ebenen eingeführt werden.

2. Demokratie informieren – Gemeinsame Faktenbasis sichern

Das Risikopotential von Deep Fakes und Desinformation nimmt rasant zu. [13] Als Antwort braucht es auch eine Stärkung der Medienkompetenz. Aktuelle Studien zeigen, dass es hier sowohl bei jungen als auch bei erwachsenen Menschen einen erheblichen Nachholbedarf gibt. [14, 15] Dabei erachten wir Medienkompetenz als einen wichtigen Teil der politischen Bildung und somit einer widerstandsfähigen Demokratie. Überdies sehen wir auch weiteres Potenzial in der Regulierung und Dezentralisierung sozialer Netzwerke.

2.1. Politische Bildung stärken – Informationsangebote sichern

Obwohl Lokalzeitungen ein sehr hohes Vertrauen in der deutschen Bevölkerung genießen, haben sie es gerade im ländlichen Raum schwer. [16] Dabei können sie einer Schweizer Studie zufolge zu einer höheren kommunalen Wahlbeteiligung beitragen, weshalb sie effektiv gestärkt werden sollten. [17] Wir fordern daher im Kontext der bereits erwähnten Aktualisierung des Gemeinnützigkeitsrechts, den Zweck der „**Förderung des gewinnzweckfreien Journalismus**“ in § 52 Abs. 2 Satz 1 AO zu ergänzen. [18] Dies ermöglicht die finanzielle Unterstützung durch Stiftungen und Spenden, garantiert zugleich aber die Staatsferne gemäß Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG. [19]

Mit einer Ausweitung der politischen Bildung steigen sowohl die Qualität als auch die Quantität des zivilgesellschaftlichen Engagements. Aufgrund dessen bestehen wir darauf, dass der Kinder- und Jugendplan langfristig nur aufgestockt werden sollte. Gesamtgesellschaftlich fordern wir selbiges auch für den Etat der Bundeszentrale für politische Bildung, das Programm „Demokratie leben!“ sowie ressortübergreifend für die Finanzierung von Bildung für nachhaltige Entwicklung. [20–22]

2.2. Update Medienkompetenz – Bildungsangebote an Schulen ausweiten

Wir wünschen uns mehr schüler:innenseitige, medienbezogene **Peer-to-Peer-Projekte** (bspw. „Medienschouts“). Hierbei sollen die Jugendlichen von **Prozessbegleiter:innen** unterstützt werden, welche in Förderprogrammen bzw. Projekten des Bundes und der politischen Bildungsträger:innen ausgebildet werden. [23]

Als Voraussetzung dafür, dass digitale Maßnahmen implementiert werden können, fordern wir einen zeitnahen und bürokratiearmen **Digitalpakt 2.0**, der Schüler:innen und Lehrer:innen Zugang zu qualitativ hochwertiger Soft- und Hardware ermöglicht. [24] Langfristig fordern wir für Schulen externe Unterstützung bezüglich IT-Betrieb und -wartung und auch in Zukunft vom

jeweils zuständigen Bundesministerium die fortlaufende Modernisierung und Sicherstellung der Internetanbindung von Schulen, insbesondere auch im ländlichen Raum. [25]

Von den Ländern fordern wir langfristig die Etablierung eines verpflichtenden **Faches „Medienkompetenz“** ab der dritten Klassenstufe, das die relevanten Teilbereiche aus anderen Fächern systematisch integriert, bündelt und erweitert. [26] Unter Beachtung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich wünschen wir uns hierfür „ein Finanzierungsangebot des Bundes an die Kultusministerkonferenz der Länder mit der Zielsetzung einer einheitlichen Medienkompetenzbildung“. [27]

2.3. Digitaler Wandel – Regulierung und Dezentralisierung sozialer Netzwerke

Wir setzen uns für die **Kennzeichnung von Deep Fakes und KI-generierten Inhalten** durch in der Abwägung von Kunst- bzw. Meinungsfreiheit geschultem juristischem Fachpersonal ein. Da die Strafverfolgung bei der Verbreitung im Internet regelmäßig ineffizient ist [28], bevorzugen wir die Plattformregulierung. Wir begrüßen die Initiative seitens der Europäischen Union, dies insbesondere mittels des Digital Services Acts, des Digital Markets Act und der KI-Verordnung zu forcieren. Wir wünschen uns auf Bundesebene finanziell und personell eine adäquate Ausstattung des Digital Services Coordinator (DSC). [29] Wir fordern die Einrichtung eines Beratungsforums beim Europäischen Gremium für digitale Dienste und dort, sowie auch auf nationaler Ebene im Beirat beim DSC, eine explizite Beteiligung junger Vertreter:innen, wie untenstehend ausgeführt. [30]

Wir sehen in der Digitalstrategie der EU eine Chance, dass Deutschland ein Hub für nachhaltige, sichere und demokratische KI-Forschung durch entsprechende öffentliche und private Forschung und Entwicklung werden kann. Des Weiteren sehen wir in **dezentralen, freien und Open-Source-Systemen** wie dem Fediverse ein großes Potential für ein neues Verständnis und neue Räume der digitalen Öffentlichkeit. [31, 32] Um die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, wünschen wir uns daher seitens des Bundes Förderprojekte zur transdisziplinären Forschungsthematik, wie diese Strukturen demokratisch gestaltet und effektiv gefördert werden können.

3. Demokratie verankern – Wehrhaftigkeit und Partizipation ausbauen

Der Mangel an Vertrauen in die Demokratie und die Abkehr von ihr ist auch Ausdruck von Enttäuschung mit den getroffenen Entscheidungen und eines empfundenen Ausschlusses von diesen. [33, 34] Außerhalb von Wahlen beschränkt sich die direkte und zugesicherte Beteiligung von Bürger:innen an Entscheidungsprozessen auf Bundesebene dagegen auf das Petitionsrecht. Neben der stärkeren Rückkopplung politischer Entscheidungsprozesse an die Bevölkerung durch den Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten bedarf es zudem Schutzmaßnahmen, die über die dringend benötigte verfassungsrechtliche Absicherung des Bundesverfassungsgerichts hinausgehen. [35]

3.1. Kein Raum für Verfassungsfeinde – Art. 21 Abs. 2 GG reformieren

Das Bundesverfassungsgericht erkennt die Begrenzung demokratischer Mitwirkungsrechte durch ein Parteiverbot nach Art. 21 Abs. 2 GG als einen selbstbeschränkenden Bestandteil des Demokratieprinzips an, der dessen Fortbestand gewährleisten soll. [36] Seit dem Urteil zum NPD-Verbotsverfahren vom 17. Januar 2017 [37] droht jedoch die Wirkungslosigkeit des Art. 21 Abs. 2 GG durch den Einbezug des Potentialitätskriteriums in das Tatbestandsmerkmal des "darauf Ausgehens", die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen.

Dies widerspricht der historischen Erfahrung, dass die Bekämpfung demokratiefeindlicher Bestrebungen mit deren zunehmender Macht schwieriger wird: Ihre Potentialität ließe sich erst eindeutig feststellen, wenn ein etwaiges Verbot nicht mehr umsetzbar ist. [38] Daher plädieren wir neben der konsequenten Anwendung des Parteiverbots gem. Art. 21 Abs. 2 GG für eine Reform der Norm, die einen ausdrücklichen **Ausschluss des Potentialitätskriteriums** aus dem Tatbestandsmerkmal des "darauf Ausgehens" hinzufügt.

3.2. Bürger:innen einbeziehen – mehr Partizipation ermöglichen

Um demokratische Prozesse in der Gesellschaft zu verankern und ihre Reaktionsfähigkeit zu stärken, befürworten wir den Ausbau und die Aufwertung von **Partizipationsformaten**. Diese Kanäle bieten die Chance, die Lebensrealitäten der breiten Gesellschaft und insbesondere von jungen Menschen in politische Abwägungen einzubeziehen [39] und die Teilnehmenden als Botschafter:innen für die demokratische Lösungsfindung zu gewinnen. [40, 41]

Bei allen hier genannten Ansätzen sollten die Auswahlverfahren von Beteiligungsformaten aktiv auf die **repräsentative Einbindung marginalisierter Stimmen** hinarbeiten. Auch der Abbau physischer und struktureller Barrieren muss bei der Wahl von Veranstaltungsorten oder der Bereitstellung von Assistenzen durchgehend berücksichtigt werden, etwa durch Gebärdens- oder Schriftdolmetscher:innen, Informationen in leichter Sprache und entsprechend geschulte Moderator:innen. Für die tatsächliche Teilnahme sind die Übernahme von Reisekosten und Aufwandsentschädigungen Voraussetzung. Klare personelle Zuständigkeiten verankern diese Prozesse nicht nur im politischen Betrieb und machen Informationen zugänglich [42], sondern sichern außerdem Lerneffekte.

3.2.1. Zukunftsentscheidungen gemeinsam erörtern – Beratende Bürger:innenräte nutzen

Bürger:innenräte erlauben insbesondere die vertiefte Auseinandersetzung mit komplexen **Richtungsentscheidungen**, wie es auf Bundesebene erstmals zu "Ernährung im Wandel" [43] erprobt wurde. Indem in solchen Foren eine weite Spanne an Perspektiven auf Grundlage fachlicher Beratung Eingang findet, vermitteln sie auch ein Verständnis für die Komplexität der behandelten Fragen. [44, 45] Dabei dürfen diese Formate **nicht nur als Instrument der politischen Bildung** gelten, sondern müssen von Entscheidungsträger:innen als gewinnbringender Referenzpunkt in dem darauffolgenden Entscheidungsprozess respektiert werden. [46] Deshalb erwarten wir einen differenzierten und respektvollen Umgang mit den Mitgliedern der Bürger*innenräte und ihren Ergebnissen.

Um die Einsetzung von Bürger:innenräten zu vereinfachen, befürworten wir die Schaffung einer rechtlichen Grundlage, die deren Format, Ablauf und Kompetenzen klar regelt und transparent kommuniziert. Während wir Bürger:innenräte aufgrund der fehlenden verfassungsrechtlichen Grundlage aktuell nicht als legitime Entscheidungsgremien betrachten, gebieten Transparenz und die Wertschätzung der geleisteten Arbeit einen nachvollziehbaren Umgang mit den Ergebnissen. Als Voraussetzung für die Akzeptanz und Verwurzelung dieser Partizipationsformate erachten wir nach dem Modell des „exekutiven Fußabdrucks“ [47] eine **Rechenschaftspflicht** der einsetzenden Stellen über Berücksichtigen und insbesondere Ablehnung von Handlungsempfehlungen als notwendig.

3.2.2. Politisch beteiligt von klein auf – Kinder- und Jugendforen aufwerten

Junge Menschen und ihre Interessen sind aktuell in repräsentativ-demokratischen Verfahren unterrepräsentiert [48] und häufig formal ausgeschlossen. Gleichwohl sind sie als Mitglieder unserer politischen Gemeinschaft und Expert:innen in eigener Sache umfassend von Entscheidungen betroffen und können deren Auswirkungen auf ihre Lebensrealität unmittelbar abschätzen. Mögliche Ansätze für die weitergehende Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen über eine eng gefasste „Jugendpolitik“ hinaus sind dabei regelmäßige **Konsultationsveranstaltungen** nach dem Modell der JugendPolitikTage [49] und des Jugendchecks [50], institutionalisierte **Beiräte** wie der Jugendbeirat des BMZ [51], oder **Stabsstellen** nach dem Beispiel der Staatsrätin für Bürger:innenbeteiligung in Baden-Württemberg.

Auf Ebene der Kommunen und Länder sprechen wir uns speziell für die flächendeckende Einrichtung und Unterstützung von barrierefreien, niedrighschwelligigen **Kinder- und Jugendparlamenten** aus. Um jungen Menschen Erfahrungen von Wirksamkeit zu bieten und sie als Mitglieder der politischen Gemeinschaft ernst zu nehmen, betonen wir dabei die Wichtigkeit, diese Gremien neben einem **Rede- und Antragsrecht** in den Ausschüssen der Parlamente auf Landes- und Kommunalebene auch mit einem selbst zu verwaltenden Budget auszustatten.

FAZIT

Unsere hier formulierten Empfehlungen sind aus dem Bewusstsein entstanden, dass die freiheitliche Demokratie von Voraussetzungen abhängt, die sie nicht selbst garantieren kann. [52] Stattdessen müssen wir als demokratische Gesellschaft und die durch Wahlen legitimierten Institutionen gemeinsam demokratiefördernde Rahmenbedingungen schaffen. Unsere Vorschläge balancieren daher die Notwendigkeit, die Demokratie gleichermaßen gegen Angriffe zu verteidigen und ihren Rückhalt in der Gesellschaft zu stärken.

Die verlässliche Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements, die rechtliche Absicherung von gemeinnützigen Vereinen und politisch Aktiven und der Ausbau der Freiwilligendienste verwurzeln die Ausrichtung am wertschätzenden Miteinander in der Breite der Gesellschaft.

Die Einbettung von Medienkompetenzen in den Schulunterricht, die Förderung des Lokaljournalismus und die juristisch abgewogene Kennzeichnung von Deep Fakes und KI-generierten Inhalten verbessern den Zugang zu verlässlichen Informationen als Basis der freien Meinungsbildung.

Die Balance von rechtlichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Extremismus und zusätzlichen Formaten der demokratischen Beteiligung schützt demokratische Prozesse gegen ihre Feind:innen und stärkt ihre Anbindung an die Bevölkerung.

Während diese Ansätze die Inhalte politischer Entscheidungen fokussieren, bewegt uns auch die Form, in der öffentliche Diskurse geführt werden. Der zunehmend feindselige Ton zwischen den demokratischen Parteien riskiert die Prinzipien einer pluralistischen Demokratie zu unterminieren. [53] Den Ausgangspunkt jeder politischen Auseinandersetzung müssen außerdem die Grund- und Menschenrechte darstellen, deren Antasten kein gleichwertiger Diskussionsgegenstand sein darf. Daher appellieren wir angesichts ihrer diskursprägenden Rolle an alle Vertreter:innen der demokratischen Parteien, einander als Repräsentant:innen gleichwertiger Interessen in der Aushandlung des Gemeinwohls zu verstehen.

Auch die Zivilgesellschaft – insbesondere Gewerkschaften, Arbeitgeber:innenverbände und Vertreter:innen der Glaubensgemeinschaften – rufen wir dazu auf, ihre besondere Rolle zu nutzen und sich gegen jede Form von Demokratiefeindlichkeit und Diskriminierung zu stellen. Öffentlichkeitswirksame Maßnahmen, die unsere Gesellschaft für Gleichberechtigung und Respekt sensibilisieren, können ein Netzwerk von Solidarität schaffen. So steht niemand allein, sondern alle zusammen für eine offene und tolerante Gesellschaft.



QUELLENVERZEICHNIS

- [1] Siehe: Oliver Decker, Johannes Kiess, Aylene Heller und Elmar Brähler (Hrsg.), Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und Rechtsextreme Einstellungen - Leipziger Autoritarismus Studie, 2024, S. 22, 44, 92, <https://www.boell.de/de/2024/11/13/vereint-im-ressentiment-autoritaere-dynamiken-und-rechtsextreme-einstellungen>, Zugriff 22.11.2024.
- [2] Siehe: Bundesministerium des Innern und für Heimat, Verfassungsschutzbericht 2023, 2024, S. 27, https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2024-06-18-verfassungsschutzbericht-2023-startseitenmodul.pdf?__blob=publicationFile&v=4, Zugriff 23.11.2024.
- [3] Siehe: J. Olaf Kleist, Mirjam Weiberg und Anja Schöll, Mehr Demokratie fördern! Mehrheit sieht Demokratie unter Druck und befürwortet längerfristige Unterstützung der Zivilgesellschaft, in: www.dezim-institut.de, 2023, S. 3, <https://lmy.de/UrhsJ>, Zugriff 30.11.2024.
- [4] Siehe: Dr. Regina von Görtz und Anja Langness, Jung. Kritisch. Demokratisch. Perspektiven junger Erwachsener auf die Herausforderungen unserer Zeit, in: www.bertelsmann-stiftung.de, 2024, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/jung-kritisch-demokratisch>, Zugriff 30.11.2024, S. 5ff.
- [5] Siehe: Ludger Klein, Die Demokratie braucht die Zivilgesellschaft, 2007, S. 21, <https://library.fes.de/pdf-files/kug/04590.pdf>, Zugriff 30.11.2024.
- [6] Siehe zum Rückgang von Vereinsneugründungen: Hagen Troschke, Zivilgesellschaft in Deutschland: Daten, Fakten, Entwicklungen. (Opuscula, 188), Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft., in: www.ssoar.info, 2024, S. 6, https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/93241/ssoar-2024-Troschke-Zivilgesellschaft_in_Deutschland.pdf?sequence=4, Zugriff 30.11.2024.
- [7] Siehe Deutscher Bundestag, Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz – DFördG), Drucksache 20/5823, 2023, S. 7 - 9, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/058/2005823.pdf>, Zugriff 30.11.2024.
- [8] Teilweise deckend mit: Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung, Gesellschaft für Freiheitsrechte und campact - Bewegt Politik, Vier gemeinsame Punkte für ein modernes Gemeinnützigkeitsrecht, S. 3, https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/wp-content/uploads/2023/08/Vier-Punkte-modernes-Gemeinnuetzigkeitsrecht_Allianz-Campact-GFF_2023-06_public.pdf, Zugriff 30.11.2024
- [9] Teilweise deckend mit: ebd. S. 1.
- [10] Siehe: Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, <https://www.bundesfreiwilligendienst.de/bundesfreiwilligendienst/platz-einsatzstellensuche>, Zugriff 30.11.2024.
- [11] Vgl. Selina Alin, Sebastian Bukow, Jana Faus, Stefanie John und Andrina Jurrat, Beleidigt und bedroht: Arbeitsbedingungen und Gewalterfahrungen von Ratsmitgliedern in Deutschland in Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Schriften zur Demokratie (59), 2021, S. 21, https://www.boell.de/sites/default/files/2021-01/Beleidigt_und_bedroht.pdf, Zugriff 13.12.2024.
- [12] Siehe: Referentenentwurf des Bundesministerium des Innern und für Heimat, 3. BMGÄndG, S. 3 - 7, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/gesetzgebungsverfahren/DE/Downloads/kabinettsfassung/VII2/GE-3teBMGAendG-kabinett.pdf?__blob=publicationFile&v=8, Zugriff 30.11.2024.
- [13] Siehe: Todd C. Helmus, Artificial Intelligence, Deepfakes, and Disinformation: A Primer, Santa Monica, CA: RAND Corporation, 2022, S. 6-8, <https://www.rand.org/pubs/perspectives/PEA1043-1.html>, Zugriff 30.11.2024.
- [14] Siehe zur Abnahme der Medienkompetenz bei jungen Menschen: Birgit Eickelmann, Gianna Casamassima, Kerstin Drossel & Nadine Fröhlich, ICILS 2023 im Überblick. Zentrale Ergebnisse, Entwicklungen über ein Jahrzehnt und mögliche Entwicklungsperspektiven, 2024, S. 13, <https://www.waxmann.com/index.php?eID=download&buchnr=4941>, Zugriff 30.11.2024.

- [15] Siehe: Anna-Katharina Meßmer, Alexander Sänglerlaub, Leonie Schulz, „Quelle: Internet?“ Digitale Nachrichten- und Informationskompetenzen der deutschen Bevölkerung im Test, Stiftung Neue Verantwortung e.V. (Hrsg.), Berlin, 2021, S. 4, <https://wissensatlas-bildung.de/publikation/quelle-internet-digitale-nachrichten-und-informationskompetenzen-der-deutschen-bevoelkerung-im-t/>, Zugriff 30.11.2024.
- [16] Siehe: Nic Newman, Richard Fletcher, Craig T. Robertson, Amy Ross Arguedas & Rasmus Kleis Nielsen, Reuters Institute digital news report 2024, S. 82f, <https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/digital-news-report/2024>, Zugriff 30.11.2024.
- [17] Siehe: Daniel Kübler und Christopher Goodman, “Newspaper Markets and Municipal Politics: How Audience and Congruence Increase Turnout in Local Elections.” *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 29 (1), 2018, S. 1, 17, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/17457289.2018.1442344>, Zugriff 30.11.2024.
- [18] Deckend mit: Forderung seitens des Forums Gemeinnütziger Journalismus, 2024, <https://forum-gemeinnuetziger-journalismus.de/>, Zugriff 30.11.2024.
- [19] Siehe: ebd.
- [20] Wir rekurren an dieser Stelle auch auf unsere Forderung bezüglich des Demokratiefördergesetzes.
- [21] Teilweise deckend mit: Forderungen seitens der Evangelischen Akademie Frankfurt, Spart anders! Gegen die drastischen Geldkürzungen in der Kinder- und Jugendbildung, <https://www.openpetition.de/petition/online/spart-anders-gegen-die-drastischen-geldkuerzungen-in-der-kinder-und-jugendbildung>, Zugriff: 30.11.2024.
- [22] Deckungsgleich mit: Klimabildung e.V., Erklärung der BNE-Gremien zur weiteren Finanzierung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), 2024, <https://klimabildung.org/bne-finanzierung/>, Zugriff 30.11.2024.
- [23] Bsp.: Stiftung Lernen durch Engagement, <https://www.servicelearning.de/>, Zugriff 30.11.2024.
- [24] Teilweise deckend mit Forderungen der Bundesschülerkonferenz: Forderungskatalog zum Digitalpakt 2.0, <https://bundesschuelerkonferenz.com/forderungskatalog-zum-digitalpakt-2-0/>, Zugriff 30.11.2024.
- [25] Teilweise deckend mit Forderungen des VBE-Bundes- und Landesvorsitzenden Gerhard Brand: Gerhard Brand, Rede des VBE-Bundes- und Landesvorsitzenden Gerhard Brand zur Vorstellung der forsa-Umfrage „Schule aus Sicht der Schulleiterinnen und Schulleiter –Digitalisierung und digitale Ausstattung“, 2024, S. 7, <https://www.vbe-bw.de/wp-content/uploads/2024/02/Rede-Gerhard-Brand-Digitalisierung.pdf>, Zugriff 30.11.2024.
- [26] Teilweise deckend mit Forderungen des “Forums gegen Fakes”; wir unterstützen auch die Forderung, Medienkompetenz-Module an Berufsschulen, Volkshochschulen und Universitäten weiter auszubauen. Siehe: Bertelsmann Stiftung, Forum gegen Fakes. Bürgergutachten zum Umgang mit Desinformation. Gütersloh, 2024, S. 21-24, https://forum-gegen-fakes.de/fileadmin/files/FGF/Buergergutachten_Forum_gegen_Fakes.pdf, Zugriff 30.11.2024.
- [27] Siehe: ebd. S. 24.
- [28] Siehe: Martina Block, Weitere Ansätze zum Umgang mit Deepfakes, in: Deepfakes und Recht. essentials. Springer, Berlin, Heidelberg, 2023, S. 35, https://doi.org/10.1007/978-3-662-67427-7_6, Zugriff 30.11.2024.
- [29] Siehe: Tomas Rudl et al., Nach Ampel-Aus: EU-Gesetze in der Warteschlange. netzpolitik.org, 14. November 2024, <https://netzpolitik.org/2024/eu-gesetze-in-der-warteschlange>, Zugriff 30.11.2024, Abschnitt zum Digital Services Act.
- [30] Teilweise deckend mit Forderungen der Denkfabrik interface: Julian Jaurisch, The Digital Services Act is in effect - now what?, 2024, <https://www.interface-eu.org/storage/archive/files/snv-digital-services-act-now-what.pdf>, Zugriff 30.11.2024, S. 21.
- [31] Siehe: Patricia Jankowski, Anja Höfner, Marja Lena Hoffmann, Friederike Rohde, Rainer Rehak & Johanna Graf (Eds.), Shaping Digital Transformation for a Sustainable Society. Contributions from Bits & Bäume, Technische Universität Berlin, 2023, <https://doi.org/10.14279/depositonce-17526>, Zugriff 30.11.2024, S. 56-58.
- [32] Siehe: Casey Boyle, Robert Gehl, Diana Zulli, Misti Yang & Jim Brown, THE PROMISES, PROBLEMS, AND POSSIBILITIES FOR ALT-NETWORKS. *AoIR Selected Papers Of Internet Research*, 2021, S. 1f, <https://doi.org/10.5210/spir.v2021i0.12090>, Zugriff 30.11.2024.
- [33] Dr. Regina von Görtz und Anja Langness, Jung. Kritisch. Demokratisch. Perspektiven junger Erwachsener auf die Herausforderungen unserer Zeit, 2024, S. 5ff, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/jung-kritisch-demokratisch>, Zugriff 30.11.2024.

- [34] Siehe: Volker Best, Demokratievertrauen in Krisenzeiten: Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?, Hrsg. von Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 2023, S. 15, 17f, 20.
- [35] Siehe dazu die im Zusammenhang mit BT-Drucksache 20/12977 diskutierten Vorschläge.
- [36] Siehe: BVerfGE 144, 20 (196 f., Rn. 517).
- [37] Siehe: BVerfGE 144, 20 ff.
- [38] Diese Bedenken formuliert das BVerfG selbst in Bezug auf das enger gefasste Erfordernis einer konkreten Gefährdungslage, siehe BVerfGE 144, 20 (224, Rn. 583) m. w. N.
- [39] Siehe: Europäische Kommission, Empfehlung (EU) 2023/2836 der Kommission vom 12. Dezember 2023 zur Förderung der Mitwirkung und der wirksamen Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und Organisationen der Zivilgesellschaft an politischen Entscheidungsprozessen, in: Amtsblatt der Europäischen Union, Brüssel, 2023, S. 3, https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L_202302836, Zugriff 24.11.2024.
- [40] Siehe: Universität Hohenheim, Demokratie-Monitoring: Reformbedarf bei direkter Demokratie, 2022, [https://komm.uni-hohenheim.de/112943?tx_ttnews\[tt_news\]=56557](https://komm.uni-hohenheim.de/112943?tx_ttnews[tt_news]=56557), Zugriff 30.11.2024.
- [41] Siehe: Patrizia Nanz & Miriam Fritsche, Handbuch Bürgerbeteiligung - Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2013, S. 11.
- [42] Siehe: Allianz Vielfältige Demokratie, Bürgerbeteiligung in Kommunen Verankern: Leitlinien, Mustersatzung und Praxisbeispiele für ein verlässliches Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2017, S. 16 f, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/buergerbeteiligung-in-kommunen-verankern/>, Zugriff 21.11.2024.
- [43] Bsp.: Deutscher Bundestag, Bürgerrat Ernährung, https://www.bundestag.de/parlament/buergerraete/buergerrat_th1, Zugriff 30.11.2024.
- [44] Siehe: Deutscher Bundestag, Ausarbeitung WD 3 - 3000 - 037/18: Neue Formen Demokratischer Beteiligung von Bürgern, 2018, S. 5, 20f, <https://www.bundestag.de/resource/blob/550340/1cfa9b21f88835679b09f0eec7bf60c0/wd-3-037-18-pdf-data.pdf>, Zugriff 26.11.2024.
- [45] Siehe: Jörg Sommer (Hrsg.), Kursbuch Bürgerbeteiligung, Berlin, Berlin Institut für Partizipation, 2015, S. 18, 20.
- [46] Siehe: Sherry R. Arnstein, A Ladder of Citizen Partizipation, Journal of the American Institute of Planners 35 (4), 1969, S. 1 f, <https://www.tandfonline-com.ezproxy.uio.no/doi/abs/10.1080/01944366908977225>, Zugriff 22.11.2024.
- [47] Siehe: Bundesministerium Des Innern Und Für Heimat, Exekutiver Fußabdruck: Gesetzgebung des Bundes wird transparenter und leichter nachvollziehbar, 2024, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2024/03/exekutiver-fussabdruck.html>, Zugriff 30.11.2024.
- [48] Siehe: Deutscher Bundestag, 3. Alters- und Sozialstruktur - Kapitel 3.1. Altersgliederung, https://www.bundestag.de/resource/blob/272472/e1fa8f4bcb105cbd18aa38493f942231/Kapitel_03_01_Altersgliederung-pdf.pdf, S. 3, Zugriff 24.10.2024.
- [49] Bsp.: JugendPolitikTage, <https://jugendpolitiktage.de>, Zugriff 30.11.2024.
- [50] Bsp.: Kompetenzzentrum Jugendcheck, <https://jugend-check.de/ueber-den-jugend-check/>, Zugriff 30.11.2024.
- [51] Bsp.: BMZ, Der BMZ-Jugendbeirat, <https://www.bmz.de/de/ministerium/aufbau-und-struktur/bmz-jugendbeirat-142690>, Zugriff 30.11.2024.
- [52] In Anlehnung an: Ernst-Wolfgang Böckenförde, Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation; in: Ernst Forsthoff & Sergius Buve, Säkularisation und Utopie: Ebracher Studien; Ernst Forsthoff zum 65. Geburtstag, Kohlhammer Verlag, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz, 1967, S. 93.
- [52] Siehe: Steven Zieblatt & Daniel Levitsky, How Democracies Die. Penguin Random House LLC, New York, 2018, S. 125 f., 261 f.

MITWIRKENDE

Die inhaltliche Arbeit wurde von den Mitgliedern der Jugend-Enquete-Kommission 2024 getragen. Formelle Unterstützung erhielt die Kommission durch das Sekretariat des Jugend-Enquete-Kommission e.V.: Quirin Englberger, Johanna Heuchling, Jonas Hohenforst, Luisa Kerscher, Timo Klocker, Luise Knigge, Johannes Schmidt-Kessel.

Gestaltung: Johanna Heuchling

Foto: Timo Klocker

Expert:innen

Wir möchten allen Expert:innen unseren aufrichtigen Dank aussprechen, die ihre wertvolle Expertise eingebracht und aktiv bei der Erstellung des Policy Paper mitgewirkt haben:

Prof. Dr. Gabriele Abels (Professur für Vergleichende Politikwissenschaft & Europäische Integration an der Universität Tübingen und Mitglied des Verfassungsgerichtshofs Baden-Württemberg), Eva Feldmann-Wojtachnia (Leiterin der Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung der LMU München), Dr. Frank Greuel (Demokratieförderung und Extremismusprävention am Deutschen Jugendinstitut), Christoph Meißelbach (Politikwissenschaftler und freiberuflicher Sozialforscher), Clemens Müller (Historiker), Tim B. Peters (Referent Medien und Demokratie der Konrad-Adenauer-Stiftung), Susann Reichenbach (Journalistin und Fernsehmoderatorin), Prof. Dr. Fabian Schuppert (Professur für Politische Theorie an der Universität Potsdam), Dr. Matthias Wachter (Lehrstuhlvertreter an der Universität Freiburg), Jule Wittorf (Initiative Offene Gesellschaft).

Förder:innen und Unterstützer:innen

Ein besonderer Dank gilt unseren Förder:innen und Unterstützer:innen, die wesentlich zur erfolgreichen Durchführung der diesjährigen Kommission beigetragen haben.



KONTAKT

**Jugend-Enquete-
Kommission e.V.**

Joh.-Seb.-Bach-Straße 11
85622 Feldkirchen

[www.jugend-enquete-
kommission.de](http://www.jugend-enquete-kommission.de)

[info@jugend-enquete-
kommission.de](mailto:info@jugend-enquete-kommission.de)